

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Seit 1828

Freitag, 29. September 1920

Verantwortliche Leitung im Oberamtsbezirk. — Wapen und Wapen von Nagold.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, dass die... (text partially illegible)

Telegraphen-Nachricht: Nagold, 29. Sept. 1920. Nagold, 29. Sept. 1920.

... (text partially illegible)

Nr. 219

Montag den 20. September 1920

94. Jahrgang

Erzbergers Erinnerungen.

Der durch den bekannten Skandalprozess gestürzte Reichsfinanzminister a. D. Erzberger hat jetzt bei der Deutschen Finanzanstalt Stuttgart-Berlin ein Erinnerungsbuch „Ereignisse im Weltkrieg“ erscheinen lassen. Der fast vierhundert Seiten starke Band umfasst die ganze Zeit vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Annahme der Friedensbedingungen von Versailles, eine Zeit, die Erzberger auf verschiedenen einflussreichen Posten, als Generalkommandant, Propagandachef, Führer der Wasserstandsdeputation und Minister miterlebte. Seine Darstellung macht den Eindruck der Wahrhaftigkeit, obwohl auch sie natürlich subjektiv gefärbt ist. Die Vorgänge, die zum Abschied des Verfassers aus dem Reichsfinanzministerium führten, werden nicht berührt.

Das Buch bietet auch dem, der die ganze „große Zeit“ politisch denkend miterlebt hat, manches Interessante, teils durch Ausmalung der Einzelheiten, teils durch noch unbekanntes Tatsachen. Seine Schilderung des Kriegsausbruchs verstärkt den Eindruck, daß Deutschland in den Weltkrieg, um ein Wort von Tirpitz zu gebrauchen, förmlich „hineingeschlittert“ ist. Ende Juli sah man im Auswärtigen Amt noch seinen Grund zur Besorgnis und der Referent für Frankreich erklärte, vergnügt in Urlaub abreisen zu wollen. Erzberger schildert dann den Anfang der zahlreich durchgeführten Propagandastellen, ohne freilich seines eigenen Anteils an ihm zu gedenken, denn auch er hat bis zu seiner Befreiung im Sommer 1917 zu den annexionspolitischen Propagandisten gehört. Dabei macht er eine Bemerkung, die insoweit Nachwirkungen in Frankreich haben könnte, er spricht von dem Ankauf einer großen französischen Zeitung für zehn Millionen Frank, dessen Erfolg freilich negativ gewesen sei.

Die Darstellung wendet sich dann den verschiedenen politischen Fragen des Weltkrieges zu; Italien, die Türkei, Bulgarien, Polen, Rumänien, Estland u. a. werden ausführlich behandelt. Besonders interessiert das Kapitel über Österreich, mit dem Erzberger während seiner Propagandastätigkeit fast Beziehungen hatte. Das lang dauernde Schwanken des Wiener Hofes zwischen Durchhalten und Sonderfrieden tritt darin in dramatische Erscheinung. Bekanntlich hat man Erzberger beschuldigt, einen Geheimvertrag des Grafen Czernin durch Unvorsichtigkeit in die Öffentlichkeit und dadurch zur Kenntnis Englands gebracht zu haben. Erzberger weist sich von diesem Vorwurf zu reinigen und erzählt dabei eine kleine Geschichte, die für den politischen Scharfsinn des deutschnationalen Führers, Grafen Westarp, außerordentlich kennzeichnend ist. Dieser erklärte, ein Sonderfrieden Österreichs sei vom deutschen Standpunkt gar nicht beabsichtigt, dann hätte wenigstens die etwaige Rücksichtnahme auf diesen Bundesgenossen auf! Ebenso geistreich ist eine betrieblig erwähnte Anekdote des Grafen, Österreich müsse „mehr germanisieren“. Der Grafler erscheint überhaupt bei verschiedenen Gelegenheiten in bengalischer Bekleidung, so besonders bei der Schilderung des Empfangs von Reichstagsabgeordneten, der seinerzeit nach Ernennung des Herrn Michaelis zum Reichskanzler stattfand. Was Wilhelm II. in einer Unterredung über den „Ausgleichs“-frieden sagte, bei dem Deutschland den Gegnern Geld und Rechte wegnehmen werde und was er über den „zweiten punischen Krieg“ gegen England — ganz Europa, mit Einschluß Frankreichs, natürlich unter seiner, Wilhelm II. Führung! — phantasierte, das ist in der Tat so ungeheuerlich, daß Erzberger wohl recht hat, wenn er diesen Empfang „den tiefsten Spatenstich zum Sturze des bisherigen Regimes“ nennt.

Es wird dann weiter erzählt, wie dieses System Deutschland tatsächlich ins Unglück geführt hat. Auch auf die militärischen Vorgänge fällt dabei manches bezeichnende Licht. So ist es unter anderem recht interessant zu vernehmen, daß der erste Generalstabchef im Kriege, General v. Moltke, eigentlich ein Gegner des Krieges war, nach dem Frankreich „binnen sechs Wochen zerstückelt“ und dann der Krieg im Osten dessen weitergeführt werden sollte. Moltke hätte eigentlich das umgekehrte Verfahren gewünscht, die Defensive im Westen und die Offensive im Osten. In diesem Fall wäre aber der furchtbare Fehler des Neutralitätsbruchs an Belgien vermieden worden, der Krieg hätte politisch eine ganz andere Ausgestaltung gehabt, und niemand vermug zu sagen, wie er dann ausgegangen wäre.

Schon im September 1914 war der ursprüngliche Kriegsplan, von dessen Gelingen alles abhing, an der Marne gescheitert, ohne daß das deutsche Volk etwas davon erfuhr. Der ganze weitere ostereiche Krieg erscheint nur noch als eine Reihe von Scheinerfolgen, der unbeschränkte U-Bootskrieg als der verzweifelte Rettungsversuch von Glücksgeboten, bis im Spätsommer und Herbst 1918 der unvermeidliche militärische Zusammenbruch im Westen erfolgte. Nach Mitte Juli hatte Ludendorff dem Staatssekretär a. D. Dingeldey gesagt, er sei sicher, mit seiner Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen. Am 13. August mußte er jedoch dem

* Ereignisse im Weltkrieg. Von Reichsminister a. D. Erzberger. In Goldbänden gebunden 4 Bde.

Staatssekretär mitteilen, daß er diese Sicherheit nicht mehr habe. Am 1. Oktober wurde Erzberger eine ganze Reihe von Depeschen aus dem Großen Hauptquartier vorgelegt, die in der Forderung Ludendorffs gipfelten, daß das deutsche Friedensangebot sofort hinaus müsse, heute hielten die Truppen noch, was morgen geschehen werde, sei nicht voraussehbar. In einer Depesche vom 2. Oktober hieß es: „Unsere letzte Menschenreserve ist verbraucht. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Die Fortsetzung des Krieges muß daher als aussichtslos aufgegeben werden. Keine Zeit darf verloren gehen. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern.“ Daß die Resolution die Niederlage Deutschlands herbeiführt hat, ist ebenso „wahr“, wie daß die Marne Schlacht nur ein von der deutschen militärischen Vorsehung vorausgesehenes „Jurückziehen der Fronten“ war, daß der U-Bootskrieg England binnen sechs Monaten auf die Knie zwingen mußte und daß die Bedeutung des Eintritts Amerikas in den Krieg gleich Null sei.“ Das alte System hat von der Lüge gelebt, es ist an der Lüge gestorben, was aber noch von ihm vorhanden ist, das lebt seiner Natur nach von der Lüge weiter. — Wir bringen anschließend die interessantesten Kapitel aus den Erzbergererinnerungen, die zum Teil überaus grelle Lichter auf die noch bis vor kurzem geheim gehaltenen Staatsverhältnisse von damals und heute werfen!

Tages-Neuigkeiten.

Tagung der Führer der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 18. Sept. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei hat, wie bereits berichtet, am Montag und Dienstag getagt. Einer parteiamtlichen Mitteilung über seine Verhandlungen entnehmen wir: Ausdrücklich kennzeichnen in Preußen wurden von den Parteirednern als dringend notwendig gefordert. Das Weiterbestehen der gegenwärtigen preussischen Regierung, das in förmlichem Widerspruch zu dem Volkswillen liege, führe zu einem unerbittlichen Mißverhältnis zwischen dem Reich und Preußen. Verurteilt wurde mit aller Entschiedenheit die Ausbeutung der augenblicklichen ungeschwächten Macht der noch amtierenden preuss. Regierung zur weiteren Durchsetzung der Verwaltung nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Daß die Stärkung der Staatsautorität ein Erfordernis sei, wurde aus Anlaß der Debatten über die Kontroll- und Verfügungsrechte, welche die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen über die Eisenbahnen beanspruchen, hervorgehoben. Zur Wirtschaftspolitik wurden beide Vorschläge der Sozialisationskommission, der auf sofortige und der auf allmähliche Sozialisierung der Betriebe, als unannehmbar bezeichnet. Der gegenwärtige Zustand der deutschen Wirtschaft vertritt keine Experimente. In der Frage Oberschlesien wurde hervorgehoben: Da der Reichsregierung die Macht fehle, dort unmittelbar einzugreifen, müsse umso mehr alle Mittel, welche uns zur Verfügung stehen, angewandt werden, um die Gefahr von Oberschlesien abzuwenden. Unausgesprochen und nachhaltige Propaganda in dem gefährdeten Gebiet selbst wie in Deutschland und dem Ausland möge aller Welt immer wieder vor Augen führen, wieviel schreiendes Unrecht an den Deutschen Oberschlesien verübt wird. Die Regierung werde es als ihre unbedingte Pflicht betrachten müssen, auf diesem Gebiet wirklich alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Ueber die Frage einer Erweiterung der Regierungsbefugnisse im Reich wird als Ergebnis der Erörterungen mitgeteilt, der Deutschen Volkspartei könne eine Verdrößerung dieser Befugnisse nur lieb sein. Sie müsse aber das Zusammenarbeiten mit den anderen Parteien von der „Unausgeglichenheit gegenüber extremen Forderungen von links oder rechts“ unter allen Umständen abhängig machen. Nur unter dieser Bedingung vermöge die Deutsche Volkspartei die Verantwortung für die Regierung zu tragen.

Ein Präzedenzfall.

Berlin, 18. Sept. Auf dem Bahnhof Oranienburg hat, laut „Vol.-Anz.“, kürzlich der Betriebsrat Meißner einem auf der Fahrt nach Swinemünde befindlichen Reichsmehrbataillon die Stellung einer Maschine zum Weitertransport verweigert. Infolge der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Bataillonskommandeur an die Mannschaften Nahrungsmittel von über 2000 M. ausgeben. Das Bataillon hat nun an den Eisenbahnbetriebsrat ein Schreiben gerichtet, in dem es von Meißner die Wiedererstattung der Verpflegungskosten fordert. (Die Angelegenheit sollte im Notfall vor Gericht entschieden werden. Eine Verteilung zur Wiedererstattung würde den Betriebsrat zweifellos über seine Befugnisse belehren!)

Der mißglückte Proteststreik.

München, 18. Sept. Die Probemobilisierung für einen Generalstreik ist mißlungen. Zwar hatte sich die Münchner „Post“ getraut, als sie glaubte, die Donnerstagsversammlung des Gewerkschaftsbundes und der Betriebsräte werde den Streikbeschluss vom Mittwoch umstoßen. Diese hat sich vielmehr mit der Frage, ob der Zweihundertstreik stattfinden soll, gar nicht mehr befaßt, sondern nur mit seiner Durchführung. Aber es ist in allen lebenswichtigen Betrieben, in den Werksstätten der Eisenbahnen, der Straßenbahn, in den Druckereien und a. m. gearbeitet worden. Bei Meißner gelang

es den Agitatoren erst nach dem Termin für den Eintritt des Streiks vier Fünftel der Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. In der Lokomotivfabrik Krauss wurde die Besetzung in geheimer Abstimmung abgelehnt, bei den Bayerischen Motoren- und Bayerischen Geschützwerken streikten nur Minderheiten von 20-30%. In den Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst und in der Möbelfabrik Rosenbacher beteiligte sich nicht ein einziger Arbeiter. In der Möbelfabrik Baitz lag dagegen die Arbeit still. In Augsburg gelang es den aus München herbeigekommenen kommunistischen Agenten nicht, die Arbeiterniederlegung und die Wahl politischer Arbeiterräte durchzuführen. In den sog. dem. Parteien ist die Uneinigkeit durch das Scheitern des kommunistischen Plans vergrößert worden. Die Kommunisten sprechen von Verrätern, die Münchner „Post“ wendet sich gegen die Streikspielerei.

Ablehnung der Sozialisierung.

Berlin, 18. Sept. Der Reichswirtschaftsrat hat, in einer Meinung des „Vol.-Anz.“, auf seiner Tagung in München die von seinem Ausschuss beschlossene Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft einstimmig abgelehnt.

Die Möglichkeit einer Zwangsanleihe.

Berlin, 18. Sept. Von Seiten des Finanzministeriums wird zu den Presseäußerungen über eine geplante Zwangsanleihe erklärt, daß unter den Möglichkeiten, die erzwungen werden seien, um der Finanznot zu begegnen, sich auch die Zwangsanleihe befindet. Ein positives Resultat sei aber noch nicht erzielt worden.

Berlin, 18. Sept. Es steht jetzt schon fest, daß eine Zeichnung auf eine etwaige Zwangsanleihe keineswegs von der Verpflichtung zum Reichsnotopfer befreit. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß aufgetauchte Meldungen über eine Fristverlängerung zur Abgabe der Steuererklärung bezüglich des Reichsnotopfers nicht zutreffen. Der letzte Termin sei der 30. September.

Die Stellung der verheirateten Beamtinnen.

Berlin, 18. Sept. Das Reichsministerium des Innern hat Richtlinien über die rechtliche Stellung der verheirateten Beamtinnen aufgestellt. Durch sie soll etwaigen Pflichtkonflikten, die sich aus dem Doppelberuf der verheirateten Beamtin als Ehefrau und als Beamtin ergeben könnten, nach Möglichkeit vorgebeugt werden.

Aus dem Gerichtsgedäude gestohlen.

Düsseldorf, 18. Sept. Die 48 Eisenbahner, die in diesen Tagen vor der Düsseldorfer Strafkammer liegen, haben u. a. auch große Mengen Stoffe gestohlen. Ein Teil dieser Tuche war jetzt zu der Verhandlung in das Gerichtsgedäude geschafft worden. Heute morgen machte man die Entdeckung, daß die Tuchballen verschwunden waren. Sie sind in der vergangenen Nacht gestohlen worden.

Die Kommunisten rühren sich.

Berlin, 18. Sept. In einer kommunistischen Versammlung in Essen wurde gefestigt, wie die „Dema“ meldet, mitgeteilt, daß in diesen Tagen die energische Tätigkeit der Kommunisten, namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in erster Linie darauf gerichtet sei, in der gesamten Industrie das Infinitum der politischen Arbeiterräte zu errichten. Daß man aber kurz oder lang loslöschen werde, wahrscheinlich schon in kurzer Zeit, daran sei gar kein Zweifel.

Der Ränderhauptmann Hölz entkommen!

Berlin, 18. Sept. Wie das preussische Ministerium des Innern mitteilt, ist der flüchtige Kommunistenführer Hölz aus der Tscheco-Slowakei über die österreichische Grenze entkommen.

Die Breslauer Sühneaktion.

Breslau, 18. Sept. Die Sühneaktion vor dem transsylvanischen Konsulat ist programmäßig und in aller Ruhe verlaufen.

Bombenanschlag auf das Bankhaus Morgan.

Amsterdam, 18. Sept. Dem „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“ aus New York, daß bei einer furchtbaren Explosion, die zur Vorfahrtzeit an der Ecke der Wallstreet und der Broadway dicht gegenüber dem Börseentor stattfand, 30 Personen getötet und ungefähr 200 verwundet wurden. Alle Fenster Scheiben der Börse und zahlreicher Volksträger in der Umgebung wurden zertrümmert.

Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt. Zahlreiche Gerüchte laufen um. Es wird behauptet, daß zwei Personen in einem Kraftwagen vor Morgans Kontor erschienen waren und dort eine Bombe warfen. Tatsächlich wurden auch die Reste eines verunfallten Kraftwagens gefunden. Es wird auch behauptet, daß ein Auto mit einem Wagen, der Dynamit führte, zusammenstieß. Die Verwundung ist entsetzlich. Auf der Straße lagen die toten und verwundeten Menschen und eine Anzahl von geistesverlorenen in großen Blutlachen herum. Der Sohn von Pierpont Morgan gehört zu den zahlreichen Verwundeten. Viele Börsenanwesende u. Waller besaßen sich im Augenblick des Unglücks auf der Straße. Ein großes Polizeis- und Militäraufgebot hat das Börsenviertel abgesperrt. Die Börse wurde auf Befehl des Gouver-



neurs geschlossen. Der Schaden beträgt mindestens 2 Millionen Dollar.
Rom, 18. Sept. Es steht nunmehr fest, daß die Explosionskatastrophe vor dem Bankhaus Morgan durch eine Bombe verursacht worden ist, die von 2 Männern, die im Auto vorüberfahren, geworfen wurde. Die Bombe war mit einem besonders starken Explosivstoff beladen. Unter den Getöteten befinden sich 17 Angestellte der Bank Morgan. Der Platz ist abgesperrt. Man arbeitet an der Beseitigung, die heute wieder eröffnet werden soll.

Korrekturen von Ag-les-Bains.
Rom, 18. Sept. Der offizielle „Tempo“ schreibt: Die deutsche Presse mag sich beruhigen. Der amtliche Bericht von Ag-les-Bains enthält kein einziges Wort, daß Giolitti der Ausschließung Deutschlands von der Genfer Besprechung zugestimmt habe. Die Genfer Konferenz werde überhaupt nur vertagt, weil sie mit der Brisseler Zusammenkunft zusammenfiel. Es sei freilich unzulässig, daß die Franzosen die Deutschen von der Genfer Besprechung ausschließen oder die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagen möchten, aber hierüber habe die gesamte Intenue zu entscheiden. Folglich habe sich auch England zu äußern, das Frankreichs Vorgehen schwerlich unterstützen werde. Uebrigens sei Giolitti in Ag-les-Bains sehr zurückhaltend für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eingetreten und habe gegenüber Deutschland wohlwollende Richtigungen empfohlen.

(Den französischen Erfolg in Ag-les-Bains sehen wir auch weniger in der Sabotage der Genfer Konferenz, von der wir nach dem Vorgehen von Spaas ohnehin für Deutschland nicht viel erwarten können, als in der restlosen Festlegung Italiens auf alle Klauseln des Friedensvertrages, d. h. auf die unverminderte französische Raub- und Raubpolitik. Immerhin ist bemerkenswert, daß die Kommentare der französischen Presse durch diese offizielle italienische Auslassung eine recht beträchtliche Korrektur erfahren.)

Selbstmordversuche des Präsidenten Deschanel.
Genf, 18. Sept. Präsident Deschanel wird nach seinem letzten Unfall bewacht, da seine Familie für sein Leben fürchtet. Sowohl der Eisenbahnunfall vom 23. Mai d. J. wie der jetzige Fall sind Selbstmordversuche gewesen, die in nervöser Bewusstlosigkeit unternommen wurden. Als man den Präsidenten vorgestern aus dem Wasser zog, wußte er selbst nicht anzugeben, wie er dahin gekommen sei. Jetzt wegen auch die Zeitungen offen zu sagen, was seit Monaten überall gesprochen wurde. Danach hat Deschanel schon in der letzten Zeit seiner Kammerpräsidentschaft an Gedächtnis schwinden gelitten. Als Briand in der Kammerführung seine Kandidatur proklamierte, zitterte Deschanel am ganzen Leibe und unmittelbar nach seiner Ueberführung ins Elysee brach er zusammen.

Neue polnische Kriegskredite.
Warschau, 18. Sept. Der „Ratni“ meldet aus Warschau: Der polnische Staatsrat bewilligte neue Kriegskredite für die Vorbereitungen des Winterfeldzuges.

Bedrohender montenegrinischer Angriff auf Skutari.
Rom, 20. Sept. Nach einer Meldung ist der montenegrinische General Martinovitch im Bezirke Skutari mit 3000 Mann anzugreifen.

Die italienische Streikbewegung.
Mailand, 19. Sept. Dem Popolo d'Italia zufolge haben die Arbeiter in Bologna, Modena und Parma Jüge angehalten, in denen sich Polizeigendarmen befanden. Die Jüge durften erst wieder weiterfahren, nachdem die Agenten diese verlassen hatten. — Wie der Corriere della Sera aus Rom meldet, hätte der Generaldirektor der Eisenbahnen mit Giolitti und dem Transport- und Schatzminister Unterredungen, in denen die finanzielle Tragweite der neuen Konzessionen, die den Eisenbahnen gewährt werden sollen, besprochen wurden. Zur Deckung des entstehenden Defizits denkt die Regierung an neue Tarifserhöhungen.

Mailand, 18. Sept. Der Corriere della Sera vernimmt aus Rom, daß seit Freitagabend am dem Verwaltungsgebäude der Werksstätten und den Stationen der Straßenbahn Rom-Livoli die rote Fahne weht. Die Bahn steht in Händen der Arbeiter, oder besser gesagt, des Personals, da, wie es scheint, die Angestellten im Einverständnis mit den Arbeitern die Bewachung der Bahn übernommen haben. Die Bestreikung vollzog sich in voller Ruhe. Seit Freitagabend wird die Straßenbahn von einer Abteilung Rotgardisten bewacht. Der Betrieb geht regelmäßig vor sich. — Der Tribuna zufolge ist die Inbetriebnahme dieser Straßenbahn im Einverständnis mit dem Personal anderer Straßenbahnen in Mailand und Turin erfolgt und bildet den Auftakt zur Inbetriebnahme aller Sekundärbahnen in Italien.

Beilegung der italienischen Metallarbeiterkrise.
Basil, 19. Sept. „Corriere della Sera“ berichtet: Die Lösung des Arbeiterkonfliktes ist erfolgt. Die Industriellen haben sich nach nochmaligen Verhandlungen mit der Regierung in Rom zu einem Rückgeben entschlossen. Bis Freitagabend waren in Mailand und Turin 40 von den durch die Arbeiter besetzten Fabriken freigegeben worden.

Basil, 19. Sept. Der „Secolo“ berichtet: Die Regierung hat Befehl gegeben, die im oberitalienischen Industriegebiet zusammengezogenen Truppen, die für den Fall von Unruhen bereit standen, zurückzuziehen. In Bologna, Turin und Mailand herrscht Ruhe. Die radikalen und gemäßigten Arbeiterparteien haben 24 Versammlungen für Sonntag angelegt.

Die Rücktrittsabsichten des Reichsfinanzministers.
Berlin, 19. Sept. Wie das „Berl. Tagbl.“ mitteilt, scheint der Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Wich unmittelbar bevorzustehen. Eine Reihe von Schwärmergeleuten, die es ihm unmöglich machen, die Finanzreform in seinem Sinne durchzuführen, sollen die Ursache seines Schicksals sein.
Frankfurt, 19. Sept. Durch das Gesuch des Reichsfinanzministers Dr. Wich um Enthebung von seinem Posten könnte eventuell eine kritische Lage für das Kabinett entstehen. Inzwischen ist, wie der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ zu wissen vornimmt, die Aussicht auf Beilegung dieses Zwischenfalls noch nicht aufgegeben. Man betrachtet den Schritt des Ministers zunächst als die Stellung der Vertrauensfrage, die das Kabinett nötigen wird, sich eingehend mit diesem Differenzpunkt zu beschäftigen.

Keine Abkempfung des Papiergeldes.
Berlin, 19. Sept. Im Ausland gehen Gerüchte verbreitet zu werden, daß das Deutsche Reich eine Abkempfung des Papiergeldes vornehmen werde. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Gerüchte jeglicher Begründung entbehren.

Ein monarchistischer Staatsstreich in Venedig?
Berlin, 19. Sept. Dem „Vorwärts“ wird aus München berichtet, daß in den Kreisen der bayerischen Einwohnerwehren (Eiserich) der Plan bestehe, anlässlich des am 25. September stattfindenden Bundeskongresses der bayerischen Schützenvereine den ehemaligen Reichspräsidenten Kapprecht zum König von Bayern auszurufen. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ verweist demgemäß auf die kürzlich erfolgte Erklärung des Kronprinzen, daß er nie etwas unternehmen werde, was die Einheit und den Frieden Deutschlands gefährden könnte. Dazu ist freilich zu bemerken, daß sich jene Erklärung auf die Gerüchte bezog, daß eine Vorkrennung Bayerns vom Reich und die Gründung einer katholisch-bayerisch österreichischen Monarchie beabsichtigt sei.

Sozialistisches Regierungsheimweh.
Berlin, 19. Sept. Die Mehrheitssozialisten des Magdeburger Bezirks beschloßen, dem sozialdemokratischen Parteitag den Antrag vorzugeben, er wolle erwägen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion anzufordern, alle parlamentarischen Nachmittel zu denagen, um eine Regierungsbildung anzustreben, in der die Sozialdemokraten vertreten sei.

Von Bolschewismus geheilt.
Berlin, 19. Sept. In Sibirien sprach der frühere Reichstagsabgeordnete Mühl (Kommunist) auf Grund seiner Erfahrungen bei einer Reise in Rußland im Land derer Enttäuschung von Rußland. Man habe dort ein Haus ohne Fundament errichtet. Der wahre Sozialismus könne dort überhaupt nicht entstehen. Man humere entsehrlich. Der Arbeitszwang sei mehr als lästig.

Keine Nachrichten.
Der Bund Deutscher Bodenreformer hält seine 25. Tagung vom 25.—28. September in Hamburg ab. Unter den 25 Vorträgen wird auch ein solcher von Oberbürgermeister a. D. Heinz v. Wagner-Wilm sein. Gaststarke versendet die Geschäftsstelle der Hamburger Ortsgruppe des Bundes, Kohlsbüden 20.

Gewalttätige Erwerbslose. In Wien haben die Erwerbslosen, die in den Schulungsanstalten einbringen, von der Stadtverordnetenversammlung eine hundertprozentige Erhöhung der Unterstützung erwirkt.

Zeit auf einem Dampfer. Auf dem Dampfer „Uma“ ist, wie aus Stockholm gemeldet wird, die Zeit festgelegt worden. In Göteborg hatten 9 Deutsche und 2 Schweden vorher das Schiff verlassen. Von diesen 11 Personen scheint aber keiner von der Pest angefallen worden zu sein.

Bedermann muß wissen
daß mit dem 1. Oktober d. J. das neue vierteljährliche Abonnement auf den
„Gesellschafter“
beginnt. Man bestelle daher sofort bei der Geschäftsstelle, den Briefträgern oder bei der Post.

Großfeuer in der Dunlop-Pneumatikfabrik. Durch ein gewaltiges Großfeuer wurden die Vagerräume der bekannten Pneumatikfirma Dunlop in Paris vollständig zerstört. Die Räume brannten mit ihrem gesamten Inhalt bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Schaden wird auf mehr als 20 Millionen Franken beziffert.

Die Tagung des Reichsschulenausschusses wird nicht vom 28. bis 30. September stattfinden, da aus technischen Gründen ein späterer Termin notwendig wurde. Das genaue Datum der Tagung soll noch mitgeteilt werden.

Brasilianischer Kredit für Belgien. „Libre Belgique“ meldet, daß die brasilianische Regierung dem belgischen Königspaar bei seiner Ankunft in Rio de Janeiro einen Kredit von 500 Millionen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Belgiens zur Verfügung zu stellen beabsichtigt.

Judenisches Vermögen durch Frankreich beschlagnahmt. „Judeitja“ erzählt aus Paris: Die französische Regierung hat das gesamte Vermögen des Generals Judenitsch beschlagnahmt, um damit die Forderungen seiner Gläubiger und der Beamten der Nordwestarmee zu bezahlen. Judenitsch hatte sich in Frankreich eine Villa für 3 Millionen Franken gekauft und 7 Millionen in den Banken deponiert.

Württembergische Politik.
Stuttgart, 18. Sept. Die bürgerparteilichen Abgeordneten Hüller und Weismüller haben an das Staatsministerium folgende Anfrage gerichtet: „Dem Vernehmen nach hat der Reichsarbeitsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium festgestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung zu den steuerfreien Bezügen zu rechnen ist.“ Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den erwerbslosen Kleinrentnern das gleiche Entgegenkommen gezeigt wird?

Für die dritte Internationale.
Die Stuttgarter Vertrauensleute der U. S. V. haben mit etwa Zweidrittel-Mehrheit eine Entschlieung, die u. a. befolgt: „Die Bedingungen und Erfordernisse der kommunistischen Internationale sind das Mindestmaß dessen, was eine wahrhaft revolutionäre Partei für sich als ausschlaggebend anerkennen muß.“ Die Funktionäre der U. S. V. Groß-Stuttgart erwarten deshalb vom Halle'schen Parteitag den unverzüglichen Ausbau der Organisation auf der Grundlage der Bedingungen mit dem Anschluß an die dritte Internationale.

Von der Deutschen Volkspartei.
Der Ortsausschuß der Deutschen Volkspartei (National. Partei) Groß-Stuttgart hat in seiner gestrigen Sitzung an Stelle des Abg. Biedel, der bekanntlich schon vor längerer Zeit zum Landesvorsitzenden der Partei berufen worden ist,

Rechtsanwalt Strog zum Vorsitzenden der Parteioorganisation Groß-Stuttgart gewählt.

Die Verhandlungen der Betriebsleitung der Firma Daimler und des Betriebsausschusses als Vertretung der Arbeiterschaft sollen heute zu Ende geführt werden, so daß am Dienstag voraussichtlich der Betrieb im Hauptwerk in Untertürkheim geöffnet wird. Es werden vorläufig nur 3200 Arbeiter wieder eingestellt. Der Betriebsausschuß konnte keine weiteren Zugeständnisse mehr erreichen. Er verlangte u. a. die Einstellung von 250 weiteren Arbeitern, bei denen die Notlage am größten ist. Auch dieser Vorschlag wurde von der Direktion abgewiesen und in Schwab. Tagblatt, an die Arbeitervertreter das Ansuchen gerichtet, Streichungen auf der Liste der zur Wiedereinstellung Bestimmten vorzunehmen, damit andere berücksichtigt werden könnten. Die Verantwortung für diese Maßnahme lehnt die Betriebsleitung ab.

Aus Stadt und Bezirk.
Ragold, den 20. September.

*** Kirchenkonzert.** Einen feierlichen, außerordentlich schönen Kunstgenuss bot das gestrige Kirchenkonzert der Stuttgarter Madrigal-Vereinigung. Klangreichum, Fülle, Einheit der Stimmen, durchdringt von Hermann Kellers geistvollem Spiel auf der Orgel. Dem Prädikant in d-dur des sieben alten J. S. Bach folgten drei lateinische Chöre. Lobgesänge auf Christus, vermischt durch eine wunderbare Harmonie des Chorregers. Ueber den drei geistlichen Liedern von Beethoven lag mächtige Ruhe und Fülle des Tones; eine dunkle Wolke hing herein. Die Organe es-dur von Max Regler gerrt die Schleiher dummer Gänge; Sonne strahlte auf verklärte Höhen. Hugo Wolf leuchtete in überaus zarten Seelenschwingungen auf der Landschaft alten Bild. Schuberts 23. Psalm bildete den Ausgang der Stunde. — Rückhaltlose Anerkennung verdienen die Ausführenden. Behaerlich war der überaus prächtige Verlauf des Abends, wie soll dies ausgedrückt werden? —

*** Volkshochschulkurse Ragold.** Wie im vorigen Winter so sollen auch im Winter 1920/21 Volkshochschulkurse in unserer Stadt abgehalten werden, durch die der Einwohner von Ragold und Umgebung ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, des Standes und Berufs, der religiösen und politischen Richtung Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Bildung gegeben werden soll. Die überaus starke Beteiligung im vorigen Winter und das lebhafteste Interesse, das der Sache aus allen Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wurde lassen auch für den kommenden Winter eine starke Teilnahme erhoffen. Die Erfahrungen der letztjährigen Kurse sollen zu Verbesserungen der äußeren Organisation und der inneren Ausgestaltung verwendet werden. An die Stelle einer einzigen durch den ganzen Winter sich hinziehenden Kursreihe sollen zwei in sich geschlossene Kursreihen von je 10 Wochen Dauer treten (etwa 10. Okt. bis 18. Dez. und 9. Januar bis 18. März). Jede Kursreihe soll nur etwa 10 verschiedene Vorträge umfassen aus den verschiedenen Gebieten umfassen, so daß nicht mehr so viele Vorträge abwechselnd hergeben und die Auswahl erleichtert wird. Der Erleiderung der Auswahl soll außerher eine Veranlassung der Teilnehmer dienen, bei der jeder Vortragsbesucher wird, was er zu behandeln gedenkt. Es ist außerordentlich wünschenswert, daß besondere Wünsche der Teilnehmer über die Organisation der Kurse und über die Stoffgebiete möglichst bald und teilslos zum Ausdruck gebracht werden — am besten in Briefen, die unter der Aufschrift „Volkshochschulkurse Ragold“ in der Jäger'schen Buchhandlung abgegeben werden. — Am Donnerstag, 23. Sept., abends 8 Uhr soll im Redenzimmer der Traube eine Besprechung über die Volkshochschulkurse stattfinden. Alle politischen Parteien, wirtschaftlichen Organisationen, Vereine, Behörden usw. werden gebeten, Vertreter zu dieser Besprechung zu entsenden, die zugleich als Mitglieder des Volkshochschulkurses zu betrachten wären. Außerdem werden die bisherigen und künftigen Lehrkräfte zu dieser Besprechung eingeladen, sowie weiterhin alle Männer und Frauen, die der Sache Interesse entgegenbringen und an der Vorbereitung der Kurse mitarbeiten wollen.

*** Telephongebühren.** Bei Einzahlung oder Ueberweisung des einmaligen Fernsprechkontos möge jeweils außerdem Roman noch die Fernsprechnummer des Teilnehmers beigelegt werden.

*** Der neue Gütertarif.** Nachdem die Eisenbahndirektionen sich gutachtlich über die Ausgestaltung der Gütertarife geäußert haben, hat der Reichsverkehrsminister Bröner die in diesem Gutachten gemachten Vorschläge den beteiligten Kreisen zugehen lassen. Um weitere Beteiligte zu hören, soll am 23. und 24. d. Mts. in Berlin eine Tagung stattfinden, auf der hervorragende Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Beamten, Angestellten und Arbeiter etwaige Vorschläge zur Remedierung geltend machen können. Die Einführung der neuen Gütertarife, die ursprünglich zum 1. Oktober in Aussicht genommen war, wird wohl auf den 1. November verschoben werden müssen.

*** Kartoffelpreis.** Ueber die Gestaltung der Herbstkartoffelpreise liegen noch wenig Nachrichten vor. Einzelne größere Käufe sind zu 20.—22. M abgeschlossen worden. Versuche des Abschlusses von Vereinbarungen zwischen Stadt und Land werden aus ihm gemeldet. Es ist zu erwarten, daß solche Vereinbarungen sich mehrern, wenn die Landwirtschaftskammer zu der Anregung des Ernährungsausschusses in beabsichtigtem Sinn Stellung genommen hat. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Freiherr von Schorlemer, hat kürzlich in Koblenz die Forderung aufgestellt, daß die landwirtschaftlichen Verbände und Organisationen einen Ausschuß zusammenberufen, der die Verkaufspreise für Kartoffeln festsetzt und dafür Sorge trägt, daß die Preise nicht überschritten werden. Im Rheinland kamen solche Abkommen zustande, bei denen sich der Kartoffelpreis zwischen 10 und 20 M bewegt, gewiß ein Beweis dafür, daß die Landwirtschaft keine Wucherpreise verlangen wollen.

*** Keine Fristverlängerung für das Reichnotopfer.** Die Meldung, der Reichsfinanzminister habe die Frist zur Abgabe der Steuererklärung für das Reichnotopfer bis zum 11. Oktober verlängert, ist unzutreffend. Der Irrtum ist, wie der Berliner Volksanzeiger mitteilt, darauf zurückzuführen, daß das württembergische Finanzamt eigenmächtig die Frist-



4. Von Walchi: zugeworfen:
- a) Lauf 50.-
 - b) Schloß 20.-
 - c) Zylinder 10.-
5. Von Maschinenpistolen, Maschinen u. Gewehren:
- a) Schloß 10.-
 - b) Lauf 20.-
6. Von Revolveren und Armeepistolen:
- a) Trommel 3.-
 - b) Weischiene 3.-
 - c) Lauf 3.-

- e) Für Munition:
- 1. Ungebrauchte Artillerie und Minenglieder 2.-
 - 2. Handgranatenglieder, Sprengkörper und Sprengkapseln 0.50
 - 3. Schußfertige Artilleriemunition für 1 kg Gewicht 0.20
 - 4. Patronen für Handfeuerwaffen jeder Art 0.10

Für die Zeit vom 1. bis 30. Oktober werden bei der Prämienzahlung nur die halben Sätze zugewilligt; über den 30. Oktober hinaus werden überhaupt keine Prämien mehr bezahlt. Die Abliefernden genießen jedoch noch bis zum 1. November Straffreiheit.

2. Waffen- oder Waffenteile, welche nicht ablieferungspflichtig sind, dürfen von den Ablieferungsgestellten auch nicht abgenommen und es dürfen hierfür auch keine Prämien und Entschädigungen ausgezahlt werden.

3. Insofern das Vorliegen der Voraussetzungen für die Verurteilung von Beamten und Entschädigungen zweifelhaft und die Entscheidung des Oberamts bzw. Landeskommissars noch nicht ergangen ist, ist mit der Ausbezahlung von Vermögenswerten zu warten.

Der Landesentwaffnungskommissar:
Feuer.

Die nach Wegfall von nebenamtlichen Stellen zu erledigende dritte hauptamtliche

Verwaltungsaktuarstelle

mit dem voraussichtlichen Dienstsitz in Wildberg soll auf 1. April 1921 besetzt werden. Die Einweisung des Bezirks, die Festlegung der Dienstbezüge und Wahl erfolgt in der heranziehenden Amtsvorversammlung.

Bewerber wollen ihre Meldungen mit den nötigen Unterlagen bis 23. d. M. beim Oberamt einreichen. 1077
Nagold, den 18. Sept. 1920. Oberamt: Münz.

Die Maul- und Klauenseuche

ist in folgenden Gemeinden ausgebrochen: Altbühl, Hof Hoogenau, Gemeinde Wittingen, Unterhaugfließ und Zwergenberg Oberamt Calw; Gindlach Oberamt Freudenstadt und Hildburghausen Oberamt Herrenberg. 1090
Nagold, den 18. Sept. 1920. Oberamt: Münz.

Durch Verfügung der Landesverorgungsstelle vom 16. d. Mts. ist das Oberamt ersucht worden, an Stelle der Landesverorgungsstelle die Genehmigung zur Herstellung von Branntwein aus Obst, Obstzerzeugnissen und Rückständen von Obst, die zum menschlichen Genuß untauglich sind und wegen ihrer Beschaffenheit oder aus anderen Gründen zur Herstellung von Marmelade nicht verwendet werden können, zu erteilen. Gesuche dieser Art sind daher nicht an die Landesverorgungsstelle, sondern an das Oberamt vorzulegen. 1092
Nagold, den 18. Sept. 1920. Oberamt: Münz.

Dreihundert Mark Belohnung

erhält, wer denjenigen namhaft machen kann, der in der Nacht vom 12./13. Sept. aus dem Sägewerk Mayer u. Graf an der Straße Hailerbach-Bödingen einen 12,5 m langen, 16 cm breiten, 1 cm dicken und 45-50 Pfund schweren Treibriemen gestohlen hat. (75796)
Tübingen, 18. Sept. 1920. 1086

Staatsanwaltschaft
Göttingen, Staatsanwalt.

Bruchleidende

bedürfen beim schmerzhaften Bruchband mehr, wenn sie darin in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. 60 m
Mein Spezial-Verteiler ist am Freitag, den 24. Sept., morgens von 9 bis 2 1/2 Uhr in Calw Hotel Adler, sowie am Freitag, den 24. Sept., nachmittags von 4 1/2 bis 7 Uhr in Nagold Gasthof z. Röhle, und am Samstag, den 25. Sept., morgens von 9 bis 1 1/2 Uhr in Freudenstadt Hotel Röhle mit Mutter vorerwähnter Händler, sowie mit H. Gummi- u. Federhändler neuesten Systems, in allen Preislagen umfassend. Näher in Gummi-, Hängel-, Leib- und Watteroorfall-Bänden, Korbarmoorfall- und verstellbare Umhüllbanden, wie auch Gerabehälter, Krampefederkämpfe und Suspensoren liegen zur Verfügung. Neben sachgemäßer Verlebung auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung.

H. Steiner Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädie-
fabrikation
Konstanz in Baden, Wessenbergstr. 17, Telefon 515.

Papp-Schachteln

in verschiedenen Größen empfiehlt
G. W. Zaiser, Nagold.

Milchschweine

Georg Angericht
A. „Sternen“

Krautstände

(für 10-12 Str. Kraut)
sucht sofort zu kaufen
Armenpflege Nagold.

Berloren

ging vom Spital bis Bahnhof eine kleine
Handtasche.

Der ehrliche Finder wolle dieselbe gegen Belohnung bei der Geschäftsstelle d. Blattes abgeben. 1019
Nagold,
Vor Frechtsaufschlag (1. Oktober) trifft 1087

Hallerde

in Nagold ein und nimmt Bestellung bis längstens 25. Sept. entgegen.
Merkle/Burg.

Öffentliche Versammlung.

Am Mittwoch den 22. ds. Mts., abends 7 Uhr findet im Traubensaal hier unter Mitwirkung des Vorstandes der Württ. Konsumvereine, d. Reichstagsabg. F. Feuerstein, Stuttgart die Gründung eines Konsumvereins statt. 1083

Tagesordnung:

1. Bericht des vorl. Ausschusses über die bisherige Tätigkeit.
2. Beratung der Statuten.
3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Verschiedenes.

Wir bitten sämtliche Mitglieder zu erscheinen. Ferner sind alle Interessenten, namentlich auch Frauen dazu freundlich eingeladen.
Der vorläufige Ausschuss.

Freie Schuhmacher-Innung des Bez. Nagold.

Diejenigen Mitglieder, welche Stiefel zum Zustandsetzen wünschen, wollen ihre Anmeldungen bis spätestens 23. Sept. bei mir einreichen. 1088
Obermeister Dürschmabel, Altensteig.

Wildberg.

Zwecks Erlangung eines
Vorbereitungskurses

für die Meisterprüfung in Wildberg werden die angehenden Meister von hier und Umgebung zu einer Besprechung in die Schule zu Wildberg am
Dienstag abend 1/2 8 Uhr
höflich eingeladen. Andere Meister, die ein Interesse an dem Zustandekommen des Kurses haben, sind ebenfalls willkommen. 1084

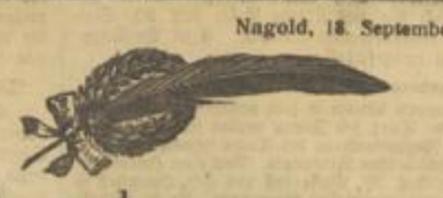
Alfred Pfeiffer Calw

Tel. 146. Baumaterialien-Handlung. Tel. 146.
Empfehle mein großes Lager in
Doppelfalzziegel, Eiberschwänze, Meter- u. Kaminsteine, Schwemm- u. Schlackensteine, Stielzug- u. Zementröhren, Klosetts, Wassersteingarnituren, Wand- u. Bodenplatten, Portlandzement, Kalk, Gips, Rohrmatten, in Dachpappe und alle sonstigen Bauwaren.
Reelle und billigste Bedienung.
Bei Bedarf bitte ich höflich, sich an mich zu wenden.
Lager in der Vorstadt und beim Güterbahnhof.

Ziehharmonikas

kosten noch bis 1. Okt. den halben Preis, einreihige von 60 M an, zweireihige, achtbässige von 150 M an, gebrauchte von 30 M an, in der Harmonika- und Balgfabrik bei
Gebr. Hohnloser, Pforzheim, Bergstr. 27.
Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von Meister Hohnloser. Reparaturen werden alle innerhalb eines Tag erledigt, sowie neue Balge. 1043
Alte Harmonikas können auf neue eingetauscht werden!

1091 Nagold, 18. September 1920.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers, Schwieger- und Großvaters

Louis Kappler

zur Waldlust

entgegengebracht wurden, für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang des Liederkranses, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir unsern innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Kappler.

1081 Nagold, 20. Sept. 1920.



Danksagung.

Für die wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und bei dem Hinscheiden unseres lieben, treuebsorgigen Vaters, Bruders, Schwiegervaters und Onkels

Michael Drescher, Maurer

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, für das ehrenvolle Geleit des Militär- und Veteranen-Vereins und des Krankenunterstützungs-Vereins, für die vielen Kranzspenden, sowie für die zahlreiche Beichbegleitung von hier und auswärts, sagen innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ein in der Lage. 1082

Seilerwaren

in nur sachmännischer Ausführung zu billigem Preise zu liefern. Auch werden Lohnarbeiten entgegengenommen.

Otto Steegmüller :-: Nagold.

Ebdhausen. Eine ältere 1085

Schneider-Nähmaschine

hat zu verkaufen
Joh. Spieß, Schneider.
Nagold. 1079

Sicherheits-Sprengstoffe

Ammonachlüt und Pikrin, sowie
Zündschnüre und Sprengkapseln
Liefert zu Fabrikpreisen ab Lager 1054

Lorenz Luz jr. Altensteig

Tel. 46.

Ich hatte mich zur Lieferung empfohlen von
Straßen-Walzfotter
Straßen-Flickfotter
Betonkies — Gehwegkies
Kalksand.

Übernahme bei Transportschwierigkeiten.
Abtransport auf Verwendungsstelle.

Theodor Straub, Schotterwerk Enzberg.

1074